

ÖIF Monitor

Integration & Migration

Oktober 2014

Integration in Österreich

Informationen zum Gipfel „gegen Hass und Hetze“, zum neuen Islamgesetz und zu Maßnahmen für Integration auf regionaler Ebene auf **Seite 3**

Migration Policies International

Neues aus europäischen Ländern und der Themenfokus „Investoren-Visa“ auf **Seite 4**

Internationale Migration

Forschungsberichte der EU und OECD sowie des UNHCR zu Arbeitsmigration und Asyltrends in Industriestaaten auf **Seite 5**

Inhalt

Integration in Österreich

Integration von Anfang an: Neue Integrationsbeauftragte in Serbien

Seit 1. Oktober hat Österreich eine Integrationsbeauftragte in Serbien. Somit wird das Angebot Österreichs zur Vorintegration im Heimatland weiter ausgebaut. Ziel der Maßnahme ist eine frühzeitige und kontinuierliche Begleitung bei der Integration von Zuwander/innen sowohl bereits im Herkunftsland als auch nach der Ankunft in Österreich.

Belma Cokovic ist seit Anfang Oktober in Belgrad als Integrationsbeauftragte tätig. Sie steht Menschen mit dem Vorhaben, nach Österreich zu migrieren, in der Erstanlaufstelle mit persönlicher Beratung zur Seite. Eine positive Willkommenskultur – und zwar von Anfang an – ist zu einem Grundpfeiler der österreichischen Integrationspolitik geworden. Integrationsbeauftragte sollen diese Will-

kommenskultur bereits aktiv an ausländischen Botschaften umsetzen. Nach dem Pilotprojekt in Ankara ist Belgrad nun die zweite Hauptstadt im Ausland, wo an der österreichischen Botschaft eine Person vor Ort spezifisch für Integrationsfragen zuständig ist. Das Modell gilt europaweit als Good-Practice-Beispiel im Bereich einer proaktiven Integrationsarbeit im Ausland. →

Ö: Neue Integrationsbeauftragte in Serbien.....	1-2
Integration in Österreich	3
Migration Policies International: Themenfokus „Investoren-Visa“	4
Migration Policies International	5
Internationale Migration	6
Pressebeobachtung	7
Kurzmeldungen.....	7
Publikationen, Termine, Neues vom ÖIF	8

→ Fortsetzung von Seite 1
Integration von Anfang an: Neue Integrationsbeauftragte in Serbien

Seit 2013 ist Nalan Gündüz bereits an der Botschaft in Ankara als Integrationsbeauftragte tätig, bislang wurden in der Türkei über 1.600 Personen an dieser Erstanlaufstelle beraten. Die Etablierung von weiteren Integrationsbeauftragten an österreichischen Botschaften wurde 2013 im Integrationsbericht des Expertenrates gefordert und in der Regierungsvereinbarung Ende 2013 festgeschrieben.

Durchgängiger Integrationsbogen

Im Integrationsbericht 2014 wird „Integration von Anfang an“ als Konzept bezeichnet, „mit dem integrationsfördernde Lernprozesse möglichst frühzeitig gestartet und konzeptionell aufeinander abgestimmt werden sollen“. Den Vorintegrationsmaßnahmen wird eine ebenso große Bedeutung zugeschrieben wie der Betreuung von Zuwander/innen an den Welcome Desks in Österreich. Bei den Beratungen im Ausland wird Menschen, die nach Österreich übersiedeln wollen, Information über ihre Möglichkeiten und Chancen, über die in Österreich geltenden Werte und über den Erwerb der deutschen Sprache bereitgestellt. Ausbildungsmöglichkeiten werden ebenso thematisiert wie die Integration in den Arbeitsmarkt.

Strategische Standorte

Sowohl die Türkei als auch Serbien wurden aufgrund der langen Migrationgeschichte, die diese Länder mit Österreich verbindet, als prioritäre Einsatzorte für Integrationsbeauftragte gewählt. Zahlenmäßig gehören die beiden Länder zu den bedeutendsten Herkunftsländern von Drittstaatsangehörigen in Österreich.

Zuwanderung aus Serbien

Zu Beginn 2014 waren serbische Staatsangehörige die zweitgrößte Gruppe von Drittstaatsangehörigen in Österreich (über 112.000), direkt nach türkischen Staatsangehörigen (knapp 115.000). Seit 2010 sind insgesamt 26.989 serbische Staatsangehörige nach Österreich zugewandert und 21.463 wieder abgewandert. Somit hat sich in diesen Jahren ein positiver Wanderungssaldo von +5.526 Personen ergeben. Im Wintersemester 2013 waren insgesamt 2.152 serbische Studierende an österreichischen Universitäten inskribiert. Serbische Staatsangehörige standen 2013 auch an zweiter Stelle der Inhaber/innen der Rot-Weiß-Rot-Karte (knapp 11%) und der Rot-Weiß-Rot-Karte plus (knapp 20%). Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

AUF EINEN BLICK: INTEGRATION VON ANFANG AN

- Willkommenskultur und Integrationsbogen vom Herkunftsland bis nach Österreich
- Abgestimmte Beratungsangebote an Botschaften im Ausland und an Welcome Desks in Österreich
- Individuelle Beratung mit etablierten Beratungsstandards
- Vermittlung von Chancen, Werten, Anforderungen
- ÖIF-Sprachportal: Spracherwerb noch vor der Abreise
- ENIC/NARIC: Bewertung von Universitätsreife bzw. -abschlüssen bereits vor der Einreise nach Österreich

Zur Person:

Mag. Belma Cokovic kam Ende 1990 mit ihrer Familie nach Österreich. Sie absolvierte ein Studium der Slawistik und Geschichte, ist ausgebildete Sprachtrainerin und war als Sprachprüferin für Zuwander/innen am Westbalkan tätig. Seit Oktober 2014 ist sie Integrationsbeauftragte Österreichs in Belgrad.



Foto: ©Dragan Tatic

Integration in Österreich **Gipfel gegen Hass und Hetze: Maßnahmen gegen Radikalisierung**

Am 14. Oktober fand in Wien der Gipfel „gegen Hass und Hetze“ statt. Die österreichischen Innen-, Justiz- und Integrationsminister berieten über Maßnahmen zur Eindämmung von Radikalisierungsströmungen in Österreich.

Einerseits wurde am Gipfel besprochen, den Tatbestand der Verhetzung zu verschärfen (Verhetzung vor nur 10 Personen statt bisher 150) und auch das Strafmaß bei schweren Fällen anzuheben. Andererseits wurde großes Augenmerk auf Prävention gelegt. Diesbezüglich sollen auch Medien und soziale Netzwerke (etwa Youtube, Twitter oder Facebook) Kooperation und Verantwortung zeigen. Der islamischen Glaubensgemeinschaft wurde eine besonders tragende Rolle bei der Vorbeugung zugeschrieben. Erneut wurde darauf verwiesen, dass Muslim/innen in Österreich nicht unter Generalverdacht gestellt werden dürften. Einen Schwerpunkt sollen außerdem Deradikalisierungsmaßnahmen bilden, die über diverse Ebenen (z.B. Vereine, Bildungseinrichtungen) umzusetzen seien. Präsentiert wurde auch ein Flyer, der sich gegen die Propaganda des sogenannten „IS“ richtet und in Moscheen in Österreich verteilt wird.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Integration in Österreich **Novellierung des Islamgesetzes: Entwurf bereits in Begutachtung**

Die bereits im Regierungsprogramm angekündigte Novellierung des Islamgesetzes nimmt konkrete Formen an. Der im Oktober vorgestellte Gesetzesentwurf befindet sich bis zum 7. November in Begutachtung im Parlament.

Das österreichische Islamgesetz ist bereits über 100 Jahre alt. Der neue Entwurf soll Rechte und Pflichten regeln und eine Basis für das Zusammenleben darstellen. Neben der religiösen Betreuung von Muslim/innen in öffentlichen Einrichtungen (Bundesheer, Krankenhäuser, etc.) soll das Gesetz beispielsweise den Bestand islamischer Friedhöfe regeln. Muslimische Speisevorschriften sollen anerkannt und in öffentlichen Einrichtungen berücksichtigt werden. Ab 2016 soll es darüber hinaus sechs vom Bund finanzierte Lehrstellen für ein islamisch-theologisches Universitätsstudium geben. Ein Begutachtungsrecht soll es islamischen Glaubensgemeinschaften ermöglichen, staatlichen Instanzen zu Themen, die sie betreffen, Stellungnahmen bzw. Vorschläge unterbreiten zu können. Islamische Feiertage sollen staatlich geschützt werden, obgleich sich das nicht auf das Arbeitsrecht auswirken soll.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Integration in Österreich **Salzburg: Flächendeckende regionale Integration durch Mobile Welcome Desks**

Am 13. Oktober 2014 wurde der vierte mobile ÖIF-Welcome Desk im Bundesland Salzburg im Beisein von Integrationsminister Sebastian Kurz in Hallein eröffnet.

Mobile Welcome Desks haben zum Ziel, Integrationsberatung auch außerhalb der Ballungszentren bereitstellen zu können. Angeboten werden regelmäßige Beratungsstunden, in denen Zuwander/innen individuell auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Information rund um die Themenschwerpunkte Spracherwerb, Anerkennung von Qualifikationen und Ausbildungsabschlüssen sowie Bildung und Beruf erhalten können. Auch eine gute Vernetzung von Migrant/innen mit den unterschiedlichen Akteuren in den Regionen wird gefördert. Vorgestellt wurde bei der Eröffnung des mobilen Welcome Desks auch ein regionales Willkommenshandbuch, in dem relevante regionale Angebote und Kontaktpunkte zusammengefasst werden. Das Land Salzburg gilt derzeit als Pilotregion, es finden Beratungen in allen Bezirkshauptstädten statt. Der erste mobile Welcome Desk wurde im Frühjahr 2013 in Zell am See eröffnet, danach folgten weitere in St. Johann im Pongau und in Tamsweg.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Investoren-Visa: Ein wachsender Trend in vielen Regionen

Immer mehr Staaten führen Investoren-Visa oder Staatsbürgerschaft-gegen-Investition-Programme ein. So ist die Staatsbürgerschaft einiger karibischer Staaten beispielsweise für relativ geringe Investitionssummen erhältlich. Auch die australische Regierung hat angekündigt, derartige Optionen weiter auszubauen.

Seit zwei Jahren besteht in Australien die Möglichkeit, über das sogenannte „Significant Investor Visa“ (SIV) bei einer Investitionssumme von umgerechnet ca. 3,5 Mio. Euro über vier Jahre eine Daueraufenthaltsgenehmigung zu erhalten. Insgesamt wurden bisher 436 SIV vergeben. Davon gingen etwa 90% an chinesische Staatsbürger/innen. Nun hat die australische Regierung angekündigt, die Verfahren beschleunigen und diese Visumskategorie international besser vermarkten zu wollen. Gleichzeitig sollen die Kriterien für qualifizierte Investitionen dahingehend revidiert werden, dass diese die nationalen Investitionsprioritäten besser widerspiegeln. Darüber hinaus soll im Juli 2015 die Kategorie des „Premium Investor Visa“ eingeführt werden. Hier soll die dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung nach einem Jahr vergeben werden, sofern umgerechnet rund 10,3 Mio. Euro in Australien investiert werden.

Karibische Inseln bieten Staatsbürgerschaft

Laut Wall Street Journal bieten mehrere karibische Inseln (z.B. St. Kitts, Nevis, Grenada, Antigua) die Staatsbürgerschaft an, wenn ausländische Investor/innen Eigentum erwerben oder beispielsweise in Hotelprojekte investieren. Die geforderten Investitionssummen variieren. Die Inselstaaten versuchen so, Kapital in ihre Länder zu locken, in denen Kredite oft knapp sind. Besonders attraktiv ist ein karibischer Pass für Personen aus Ländern wie Russland, China oder dem Nahen Osten, deren Staatsbürgerschaften oft mit Reiseeinschränkungen verbunden sind. Auch Steuervorteile oder eine instabile Lage im Heimatland können eine Rolle spielen.

Kritik an Visa-Optionen für Investor/innen

Sowohl in Australien als auch in anderen Ländern mit vergleichbaren Programmen kommt es jedoch zur Kritik, dass derartige Investorenprogramme einerseits die Preise für Grundbesitz in die Höhe treiben und andererseits wenig Transparenz bieten und Potential für Betrug und Geldwäsche bergen. Auch in einigen europäischen Staaten existieren ähnliche Visa-Programme.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

IMC: Neue Organisation mit Fokus auf Migration aufgrund von Investitionen

Mit dem Ziel, die Stakeholder und Expert/innen zu diesem immer relevanter werdenden Thema zusammenzubringen, wurde Anfang Oktober das Investment Migration Council (IMC) gegründet. Es ist bestrebt, sich als internationaler Referenzpunkt in diesem Bereich zu etablieren.

Die Non-Profit-Organisation mit Hauptsitz in Genf hat weitere Niederlassungen in New York, London, Dubai und Hongkong. Aufgrund der wachsenden Zahlen von Investor/innen, für die eine Einwanderung bzw. Einbürgerung in anderen Ländern immer attraktiver wird, und den immer zahlreicher werdenden Staaten, die auf diesem Wege Direktinvestitionen anziehen wollen, möchte das IMC einerseits Branchenstandards etablieren und andererseits eine Vernetzung und Zusammenarbeit der wichtigsten Interessensgruppen (Regierungen, Berufsverbände, internationale Organisationen, Expert/innen) in diesem Bereich ermöglichen. In einem jährlichen Forum sollen die aktuellen Themen diskutiert werden. Ein weiterer Auftrag soll die Information der Öffentlichkeit bezüglich der Herausforderungen und Entwicklungen auf diesem Gebiet sein. Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Migration Policies International **Tschechische Republik: EU-Kommission kritisiert Rassismus gegen Roma**

Berichten zufolge hat die Europäische Union ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Tschechische Republik eingeleitet. Gegenstand ist die Behandlung bzw. Diskriminierung der Roma-Bevölkerung. Einer der Gründe für das Verfahren ist die Tatsache, dass eine überproportional große Anzahl von Roma-Kindern in Sonderschulen unterrichtet wird, wie Nichtregierungsorganisationen und Organisationen der Zivilgesellschaft seit längerem anprangern. Es bestünde eine Segregation, der Roma-Minderheit würde eine Einbindung in das allgemeine Bildungssystem erschwert. Somit würde die tschechische Regierung gegen internationale Menschenrechtsstandards verstoßen. Bereits 2007 erklärte der Europäische Menschenrechtsgerichtshof, dass die Tschechische Republik die Europäische Konvention missachten würde. Die Tschechische Republik kann nun innerhalb von zwei Monaten formal auf das Schreiben der EU-Kommission antworten. Versäumt es die Tschechische Republik, die Missstände auszuräumen oder auf die Benachrichtigung zu antworten, kann die EU-Kommission eine Klage beim Europäischen Gerichtshof einbringen.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Migration Policies International **EU: Neuer Migrations- kommissar für Asylantrags- stellen in EU-Botschaften**

In seiner Anhörung vor dem Europäischen Parlament am 30. September sprach sich der neue EU-Kommissar für Migration und Inneres, Dimitris Avramopoulos, dafür aus, an EU-Botschaften (EU-Delegationen) im Ausland eigene Stellen einzurichten, an denen Asylanträge oder Ansuchen um einen anderen legalen Migrationsstatus in der Europäischen Union eingebracht werden könnten. Besonders in Drittstaaten sollen derartige Möglichkeiten geschaffen werden. Dieser Zugang würde eine Neuheit in der EU-Migrationspolitik darstellen und wird vor dem Hintergrund der massiven Flüchtlingsströme über das Mittelmeer aufgeworfen. Der Vorschlag müsse laut Avramopoulos aber erst mit anderen Ressorts abgeglichen werden. Er deutete auch an, dass das immer wieder kritisierte Dublin-Abkommen überprüft bzw. Teilspekte davon überarbeitet werden könnten. Besonders die südlichen EU-Länder haben sich im letzten Jahr über mangelnde Unterstützung bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme beklagt. Weiters befürwortete der ehemalige griechische Verteidigungsminister eine Stärkung der EU-Grenzschutzagentur Frontex.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Migration Policies International **Großbritannien: Debatten um Einschränkungen der EU-Personenfreizügigkeit**

Der britische Prime Minister David Cameron hat erneut mit Aussagen über die Personenfreizügigkeit in der Europäischen Union für Aufregung gesorgt. Diversen Berichten zufolge hat er einmal mehr angekündigt, die Zuwanderung nach Großbritannien, insbesondere von Niedrigqualifizierten, mittels möglicher Quotenregelungen einschränken zu wollen. Dies könnte über eine limitierte Vergabe von Sozialversicherungsnummern für Zuwander/innen geschehen. Gerade Migrant/innen aus anderen EU-Ländern stehen im Fokus der Debatten, da diese aufgrund der EU-Personenfreizügigkeit uneingeschränkt nach Großbritannien einwandern und dort Arbeit suchen können. Cameron hat angekündigt, die Rolle seines Landes innerhalb der EU neu verhandeln zu wollen, wobei Migration einer der Gesprächspunkte sein soll. Seitens der EU wurden kritische Reaktionen auf die Aussagen vermeldet. Der aus dem Amt scheidende EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso hat eine Einschränkung der Personenfreizügigkeit als unvereinbar mit den Grundsätzen der EU bezeichnet. Auch der neue Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker wies derartige Neuverhandlungen zurück.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Internationale Migration

EU/OECD: Vorschläge zur besseren Nutzung des Potentials von Migrant/innen auf heimischen Arbeitsmärkten

Die Europäische Kommission und die OECD haben die Ergebnisse eines dreijährigen Forschungsprojekts mit dem Titel „Matching Economic Migration with Labour Market Needs“ vorgestellt. Das Projekt befasst sich damit, wie Arbeitsmigration Ausgleich am Arbeitsmarkt schaffen kann, Qualifikationen von Migrant/innen besser genutzt und Erkenntnisse aus erfolgreichen Modellen abgeleitet werden können.

Angesichts der alternden Bevölkerung in den OECD-Ländern schlägt der Bericht zunächst vor, bestehende Potentiale von Frauen, jungen Arbeitskräften und älteren Menschen stärker auszuschöpfen, um dem Arbeitskräftebedarf entsprechen zu können. Gleichzeitig legt er nahe, dass Migration diesbezüglich ein wichtiges Instrument darstellt. Lösungen könnten auf drei Ebenen angestrebt werden: 1. Ausbau der Mobilität, damit Fähigkeiten besser an der richtigen Stelle zum Einsatz kommen können; 2. bessere Nutzung von Qualifikationen/Fertigkeiten von Migrant/innen; 3. Weiterentwicklung des „Skills Pools“. Laut Bericht werden Arbeitskräfte, insbesondere aus Mittel- und Osteuropa, oft unter ihren Qualifikationen beschäftigt. Für eine breitere Mobilitätsstrategie seien auch Instrumente für einen besseren Abgleich von Qualifikationen mit tatsächlichen

Stellenanforderungen nötig. Dem Erlernen von EU-Sprachen wird als Schlüssel zu Mobilität und Integration in den Arbeitsmarkt große Bedeutung zugeschrieben. Fehlende Sprachkenntnisse seien das größte Hindernis für Arbeitgeber/innen, Arbeitskräfte für Stellen mit mittlerem bzw. gehobenen Anforderungsprofil im Ausland zu rekrutieren. Augenmerk gelegt wird auch auf die Kinder von Migrant/innen, die bereits im jeweiligen OECD-Land aufgewachsen sind und ausgebildet wurden. Ihre Fähigkeiten würden nicht gut genug ausgeschöpft. Integrations- und Antidiskriminierungsmaßnahmen sollen diesem Phänomen gezielt entgegenwirken.

Konkrete Maßnahmen

Als konkrete Maßnahmen zur Verbesserung werden im Bericht u.a. folgende Punkte angeführt: vermehrte Information und bessere Anerkennung von Qualifikationen; Zugang für Migrant/innen zu den wirksamsten Arbeitsmarktprogrammen; Vermittlung von direktem Kontakt zwischen Migrant/in und Arbeitgeber/innen; Zugang für Kinder von Zuwander/innen zu frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsmaßnahmen; spezifisches und berufsorientiertes Sprachtraining für Migrant/innen. Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Internationale Migration

UNHCR-Bericht: Asyltrends in Industriestaaten

Laut neuestem Bericht des UNO-Flüchtlingshochkommissariats (UNHCR) mit dem Titel „Asylum Trends in Industrialized Countries“ wurden in der ersten Jahreshälfte 2014 330.700 Asylanträge in den 44 erfassten Industriestaaten eingereicht. Dies bedeutet einen Anstieg von 24% gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Zurückzuführen sei diese Entwicklung vor allem auf internationale Krisenherde wie Syrien, Irak oder Afghanistan. Innerhalb Europas verzeichneten lediglich einige mitteleuropäische Länder, insbesondere in Polen und Ungarn, einen Rücklauf bei Asylanträgen. Ein Anstieg um 73% wurde in südeuropäischen Ländern registriert, wobei hier insbesondere Italien und die Türkei wachsende Flüchtlingszahlen verzeichnen. Die Zahl der Asylwerber/innen in Australien ging im Vergleich zur ersten Jahreshälfte 2013 um 20% zurück. Die meisten Antragssteller/innen in Australien kamen aus China oder Indien. 62% aller Anträge wurden in folgenden Ländern verzeichnet: Deutschland, USA, Frankreich, Schweden, Türkei. In Österreich gingen im beschriebenen Zeitraum insgesamt 8.395 Einträge ein.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Pressebeobachtung: Integration und Migration

Worüber wurde im September berichtet?

Besonders dominant waren im September Themen rund um die Radikalisierung von Jugendlichen in Österreich im Zusammenhang mit den IS-Kampfhandlungen in Syrien und im Irak.

In den Medien spiegeln sich die breiten Initiativen der österreichischen Regierung zur Eindämmung der Radikalisierung von in Österreich ansässigen Personen wider. Diesbezüglich erhielt insbesondere die Vorlage des Entwurfs zur Novellierung des Islamgesetzes Aufmerksamkeit, wobei die unterschiedlichen Standpunkte Widerhall fanden. Mitglieder der islamischen Glaubensgemeinschaft kamen ebenso zu Wort wie Regierungsmitglieder und Expert/innen.

Schulbeginn und Sprachförderung

Nach Schulstart im September rückte das Thema Sprache in den Fokus. Insofern wurden die Herausforderungen genauso beleuchtet wie die mögliche Zweisprachigkeit von Kindern. Auch über die Erhöhung der Finanzmittel im Sprachfördertopf aufgrund der steigenden Nachfrage nach Deutschkursen für Zuwander/innen wurde in Laufe des vergangenen Monats berichtet.

Flüchtlinge in Österreich und in der EU

Die Diskussionen rund um die Flüchtlingsunterbringung und -versorgung in Österreich blieb im September ein hochaktuelles Thema. Einerseits wurden die diesbezüglichen Gespräche zwischen Bund und Ländern medial wiedergegeben, andererseits stellten die Medien Erfahrungsberichte von Flüchtlingen, sowohl in Österreich vor Ort als auch auf ihrer Flucht, vor. Auch die Debatte rund um eine mögliche Wiedereinführung von befristeten Grenzkontrollen innerhalb der EU, um den aus südlichen EU-Ländern weiterreisenden Asylsuchenden Einhalt zu gebieten, erhielt Aufmerksamkeit. Im Allgemeinen bleiben die Flüchtlingsströme nach Europa ein wichtiges und breit gefächertes Thema in Print- und Rundfunkmedien.

Journalistenpreis Integration

Über die dritte Verleihung des Journalistenpreises Integration Mitte September, dieses Jahr erstmals mit einem gesonderten Anerkennungspreis, wurde breit berichtet. Die Gewinner aus den Kategorien Print/Online, TV und Radio wurden genauso vorgestellt wie die ausgezeichneten Beiträge.

Integration und Migration

Kurzmeldungen

»»»» **Teil-Assoziierung der Schweiz bei Horizon 2020** — Nach Aussetzen der Zusammenarbeit beim EU-Forschungsprogramm nach dem Schweizer Einwanderungsreferendum ist es zu einem Teilabkommen zwischen EU und Schweiz gekommen.««««

»»»» **Migrant/innen-Dachverband in Deutschland** — Die Gründung des Verbandes DaMigra soll eine wirkungsvolle Vertretung der Anliegen von Migrant/innen auf Bundesebene ermöglichen.««««

»»»» **Belgien verstärkt Einsatz für Diversity** — Die Anfang Oktober neu gebildete Regierung will sich zukünftig verstärkt für den Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus und Extremismus einsetzen.««««

»»»» **Deutschlands Bundesrat stimmt Asylrechtsänderungen zu** — Serbien, Mazedonien sowie Bosnien und Herzegowina gelten fortan als sichere Herkunftsstaaten.««««

»»»» **Ausländische Staatsangehörige dürfen in der Tschechischen Republik wählen** — EU-Bürger/innen dürfen laut Gericht bei Kommunalwahlen abstimmen.««««

Publikationen



Migration from the Middle East and North Africa to Europe

Michael Bommers, Heinz Fassmann, Wiebke Sievers (Hrsg.)

Dieses Buch befasst sich vor dem Hintergrund der demographischen Veränderungen in Europa mit den Mustern und Perspektiven der Migration aus Nordafrika und dem Nahen Osten. ISBN: 9789089646507; €79.00. Weitere Informationen [»» hier](#)



Selling Visas and Citizenship: Policy Questions from the Global Boom in Investor Immigration

Madeleine Sumption, Kate Hooper (Migration Policy Institute)

Der Bericht bietet ein Überblick über Investoren-Visa-Programme diverser Staaten. Weitere Informationen [»» hier](#)



Integrating Migration into the Post-2015 United Nations Development Agenda

Lars Lönnback (IOM & MPI)

Der Beitrag untersucht die Rolle von Migration als Motor für Entwicklung und analysiert, wie Migration in die Post-2015-UNO-Entwicklungsagenda integriert werden kann.

Weitere Informationen [»» hier](#)

Termine

6./7. NOVEMBER

Konferenz „Sprache, Mobilität, Deutschland. Die Arbeitswelt im Wandel“

Auf der von der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Goethe-Institut veranstaltete Konferenz diskutieren Expert/innen die Rolle der Sprache für zugewanderte Arbeitnehmer/innen. Wo: Berlin. Anmeldungen bis 3.11.2014.

Weitere Informationen [»» hier](#)

18. NOVEMBER

Konferenz „Better Work for Immigrants: Tackling Joblessness and Stunted Progression in the European Union“

Die Konferenz befasst sich mit der Situation von Migrant/innen, die unter ihren Qualifikationen beschäftigt sind und der Rolle von Ausbildungs- und Berufsmaßnahmen in diesem Zusammenhang. Wo: Brüssel, Belgien

Weitere Informationen und Anmeldung [»» hier](#)

18. NOVEMBER

EMN-Konferenz 2014: Junge Flüchtlinge in Österreich und der EU

Die diesjährige Konferenz des European Migration Network beschäftigt sich mit der Situation und Perspektiven junger Flüchtlinge in Österreich und der EU. Wo: Diplomatische Akademie Wien

Anmeldungen bis 7.11.2014. Weitere Informationen und Anmeldung [»» hier](#)

Neues vom ÖIF



Neu: Startschuss für mobilen Welcome Desk in Wolfsberg

Am 16. Oktober wurde in der Kärntner Stadtgemeinde Wolfsberg das neue mobile Beratungsangebot vorgestellt. An dem neuen Welcome Desk erhalten Zuwander/innen Information zu allen Fragen rund um ihr Leben in Österreich.

Weitere Informationen [»» hier](#)



Workshop-Reihe für Jugendliche und Eltern „Erfolgreich in Wien“

Von Oktober bis Jänner 2015 bieten der ÖIF, die Wirtschaftskammer Wien und das Berufsinformationszentrum monatlich kostenlos Workshops zur Bildungs- und Berufsorientierung an.

Weitere Informationen [»» hier](#)

IMPRESSUM

Impressum und Offenlegung gemäß §§ 24 und 25 MedienG; Medieninhaber, Herausgeber, Redaktion und Hersteller: Österreichischer Integrationsfonds – Fonds zur Integration von Flüchtlingen und MigrantInnen (ÖIF), Schlachthausgasse 30, 1030 Wien, T.: +43 (0) 1 7101203 – 100, E.: mail@integrationsfonds.at; Verlags- und Herstellungsort: Schlachthausgasse 30, 1030 Wien; Offenlegung: Sämtliche Informationen über den Medieninhaber und die grundlegende Richtung dieses Mediums können unter www.integrationsfonds.at/impresum abgerufen werden.